Für eine Wiederbelebung der Marktwirtschaft

An der Marktwirtschaft lässt sich einiges bemängeln. Die Alternativen dazu sehen aber weit weniger erfreulich aus. Es gilt, die Defizite der Marktwirtschaft zu benennen und gezielt abzubauen. ***Gastkommentar von Bruno S. Frey***

Der Marktwirtschaft verdanken wir zu einem guten Teil unseren hohen materiellen Wohlstand. In der Schweiz sind zudem Einkommen gleichmässiger verteilt als in anderen Ländern, und die politische Führung und ihre Seilschaften bereichern sich nicht so unverschämt wie unter autoritären Regimen. In Planwirtschaften glauben überdies die Regierenden und deren Bürokraten die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft zu kennen, was eine völlige Illusion ist. Die Alternativen zur Marktwirtschaft sehen wenig erfreulich aus.

Die Marktwirtschaft leidet zwar unter erheblichen Defiziten: Zum Ersten werden Fehlentscheidungen in grossen Unternehmen zu wenig verhindert. Verwaltungsräte verhalten sich oft zu passiv gegenüber der Geschäftsleitung. Das liegt weniger an ihren Fähigkeiten als vielmehr daran, dass sie in der Regel faktisch durch den CEO ernannt werden. Wer im Verwaltungsrat bleiben möchte, legt sich besser nicht mit dem CEO an. Hinzu kommt, dass grosse ausländische Investment-Gesellschaften einen grossen Teil der Aktien halten. Sie sind bestenfalls an Profit und Risiko interessiert, nicht jedoch an den laufenden Entscheidungsprozessen der Unternehmung.

Zum Zweiten erhalten Manager grösserer Unternehmen nicht selten exorbitante Boni. Diese werden üblicherweise mit der angeblich hohen Verantwortung gerechtfertigt, die ein Manager oder eine Managerin trage. In Unternehmungen wie der UBS fliessen zeitweise mehr Boni an das Management als Dividenden an die Aktienbesitzer. Die beschworene «Verantwortung» für das Wohlergehen der Unternehmung ist häufig nur ein schönes Wort. Die Manager und Mitglieder des Verwaltungsrates müssen nie die für ihre Tätigkeit erhaltenen hohen Boni zurückzahlen, wenn die Firma weniger gut läuft.

Zum Dritten lässt sich kaum mehr von einer «sozialen Marktwirtschaft» sprechen, eher von einer «politisierten Marktwirtschaft». Es geht nicht mehr darum, Individuen und Firmen gute Bedingungen für eine gesellschaftlich nützliche Tätigkeit zu schaffen, sondern es geht um «rent seeking». Jede Gruppe versucht möglichst viel Steuergelder zu vereinnahmen. Dazu gehört auch, marode Unternehmen durch den Staat retten zu lassen, um angeblich das wirtschaftliche System vor dem Abgrund zu retten.

Zum Vierten bleibt vielfach offen, wie die Ergebnisse von Volksinitiativen zu finanzieren sind. Ein aktuelles Beispiel ist die 13. AHV-Rente. Diese Unklarheit hinsichtlich der Finanzierung des Ausbaus kommt einer Irreführung der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen gleich und führt zu einer Aufblähung der Staatsausgaben.

Anstatt nun aber auf illusionäre Alternativen zur Marktwirtschaft zu bauen, sollten die erwähnten Defizite angegangen werden. Blosse Aufrufe zur Festigung der Marktwirtschaft bringen dabei wenig. Notwendig sind vertragliche Abmachungen am besten auf Verfassungsebene, welche juristisch durchgesetzt werden können. Als Erstes müssten Manager neben «Boni» für besonders gute Leistungen auch «Mali» für schlechte Leistungen vertraglich akzeptieren. Natürlich muss präzise eine gute von einer schlechten Leistung unterschieden werden, was nicht einfach ist. Zweitens muss der rasant wachsenden staatlichen Administration Einhalt geboten werden. Ein grosser Teil der Defizite heutiger Marktwirtschaften geht auf die staatliche Verwaltung zurück. Bürokraten profitieren durch stetig zunehmende staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf. Dieses Verhalten lässt sich nur schwierig dämpfen oder gar vermeiden, weil Staatsangestellte faktisch nicht entlassen werden können. Es könnte für einen gewissen Zeitraum formell verboten werden, frei werdende Stellen wieder zu besetzen – oder zumindest Versetzungen innerhalb der staatlichen Bürokratie zu verlangen.

> Es lässt sich kaum mehr von einer «sozialen Marktwirtschaft» sprechen, eher von einer «politisierten Marktwirtschaft».

Der dritte Bereich ist die parlamentarische Repräsentation. Planwirtschaftliche Tendenzen sind schwer zu bremsen, weil Interessenvertreter sie zu ihren eigenen Gunsten durchsetzen. Die staatliche Administration ist eine solche Interessengruppe. Staatsangestellte sollten deshalb nicht in Parlamenten sitzen dürfen. Die Mitglieder von Parlamenten bestimmen nicht nur selbständig ihre Entlohnung (was höchst fragwürdig ist), sondern werden wegen ihrer Position zu immer mehr Interventionen in den Wirtschaftsablauf gedrängt. Damit steigt die Zahl und Bedeutung der staatlichen Bürokratie. Viertens müssen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger korrekt über die Auswirkungen von Initiativen orientiert werden. In jedem Text einer Initiative, die zu höheren Ausgaben des Staates führt, müsste deshalb auch die Finanzierung dargelegt werden – am besten von unabhängigen Institutionen.

Diese institutionellen Vorschläge zur Wiederbelebung der Marktwirtschaft stellen sicherlich keine allumfassende Lösung der vorhandenen Mängel dar. Sie sollten jedoch als gangbare Möglichkeiten im Auge behalten werden.

Bruno S. Frey ist ständiger Gastprofessor an der Universität Basel und Forschungsdirektor am Center for Research in Economics, Management and the Arts, Zürich (Crema).